



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-y-: Der Verfassungskonflikt in Ungarn : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

mäßigsten erachtet. Als Grundgehalt wäre der jetzige Gehalt der Direktoren dritter Gruppe (3000 bis 5400 Mark), wenn nötig, mit einer Vorstufe von 2500 Mark für die Inspektoren, anzunehmen. Für die Oberpostinspektoren und die fortan in eine Gruppe zu vereinigenden Direktoren zweiter und dritter Gruppe hätten Zulagen von 600 Mark, für die Direktoren der ersten Gruppe Zulagen von 1200 Mark und für die Direktoren etwa der dreißig bedeutendsten Ämter solche von 1800 Mark hinzuzutreten.

So würde die dringend notwendige Einheitlichkeit in der Besoldung beim Übergang aus einer Stufe in die andre verbürgt und ein übersichtliches Gehaltssystem mit auskömmlichen Sätzen geschaffen werden.

Die finanzielle Gesamtwirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird nach den eingehenden Berechnungen in der Abhandlung eine jährliche Mehrausgabe von nahezu anderthalb Millionen Mark sein. Aber das sind nur 0,8 Prozent der 180 Millionen Mark, die im Etat für 1905 für Besoldungen bei der Reichspostverwaltung überhaupt angesetzt sind. Sie werden bei dem Milliardenetat der Reichspost nicht allzu schwer ins Gewicht fallen.

Die Abhandlung richtet an den Staatssekretär des Reichspostamts den Appell, seine ganze Persönlichkeit für das Wohl und Wehe einer großen Beamtenklasse einzusetzen, die gegenüber den frühern Einkommensverhältnissen durch Maßnahmen der Regierung geschädigt worden ist und dringend der Entschädigung bedarf.

Wir wollen den höhern Postbeamten, von denen die Öffentlichkeit bisher kaum mehr gewußt hat, als daß sie tüchtig arbeiten müssen, gern die baldige Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen wünschen. Dazu sollen ihnen unsre Volksvertreter, die Reichsboten, kräftig helfen!



Der Verfassungskonflikt in Ungarn

(Schluß)



an kann nicht in Abrede stellen, daß vor und nach dem Dualismus unter der Regierung des Kaisers Franz Joseph nach sehr verschiedenen Grundsätzen regiert worden ist, und daß darum seine Politik nicht das äußere Anzeichen der Entschiedenheit trägt. Ob man aber den Monarchen deshalb der Unentschiedenheit zeihen kann, ist mindestens fraglich. Seit der Aufrichtung des Dualismus hat er unzweifelhaft streng konstitutionell regiert und mit großer Langmut allen ministeriellen und Parteikonstellationen nachgegeben, sobald sie das Wesen des Staates nicht antasteten. Er wollte Frieden unter seinen Völkern haben, und es war ihm jeder Weg recht, auf dem sie ihn zu finden versuchten. Daraus erklärt sich auch seine Vorliebe für Ungarn, wo dreißig Jahre lang alles friedlich herging und seine Ansicht über die Regentenpflichten zu bestätigen schien. Sehr konstitutionell war dieser Standpunkt freilich, politisch praktisch aber wohl kaum. Wer jedoch den bunten Wechsel der innern öster-

reichischen Politik mit ruhig prüfendem Auge verfolgt hat und nicht durch persönliche Teilnahme an den Kämpfen befangen gemacht worden ist, der wird gefunden haben, daß in allen Hoheitsfragen, namentlich in Sachen der äußern Politik und der Armee, Kaiser Franz Joseph niemals geschwankt hat. Er handelte auch in diesem Falle konstitutionell, denn hier liegen seine verfassungsmäßigen Rechte. Er hat vor allem alle Angriffe auf die Armee mit Nachdruck abgewehrt, und immer ist danach ein Frontwechsel in der innern Politik erfolgt. So kam nach den Bestrebungen der Deutschliberalen, die Armee zu verringern, der Sturz der deutschen Herrschaft und die Ara Taaffe, nach den tschechischen Demonstrationen gegen die Armeesprache das deutschfreundliche Ministerium Koerber. Was dem magyarischen Griff nach den Hoheitsrechten über das Heer folgen wird, entzieht sich jeder Vermutung, vorläufig sieht man in Ungarn eine neue Erscheinung: das unparlamentarische Ministerium Fejervary. Dies möge genügen, um die vielverbreitete Annahme von der Unentschiedenheit des Kaisers Franz Joseph auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Was die Andeutungen über schlechte Ratgeber und gar die „Kamarilla“ am Wiener Hofe betrifft, so handelt es sich dabei um nichts mehr als um alte Ladenhüter des demokratischen Kramladens, die ab und zu vor den Augen derer, die nicht alle werden, einmal wieder neu aufgebürstet und gezeigt werden. Wer die Verhältnisse in der Wiener Hofburg auch nur einigermaßen kennt, der weiß, daß sicher seit vierzig Jahren an eine Kamarilla gar nicht mehr zu denken war. Gewiß hört der Kaiser viele Meinungen, vor allem die seiner Minister, er ist aber in seinen Entschlüssen vollkommen frei und entscheidet nach seinem eignen Urteil. Zu lenken im landläufigen Sinne ist er nicht, und er vermeidet vielleicht noch mit mehr Absichtlichkeit als Kaiser Wilhelm der Zweite auch den Schein, beeinflusst worden zu sein. Weder der Thronfolger noch Erzherzoginnen üben einen irgendwie bemerkenswerten Einfluß aus, wäre aber eine Kamarilla vorhanden, so hätte diese doch längst einen Ausgleich in der ungarischen Armeefrage erreicht. Man hat es eben hier einzig und allein mit dem persönlichen Willen des Monarchen zu tun, der jede wesentliche Änderung an der Armee zurückweist.

Daß es auch am Hofe zu Wien Cliques und Intriguen gibt, ist natürlich nicht in Abrede zu stellen, denn dergleichen gibt es in allen Ständen, sowohl in den Städten wie auf dem Lande. Aber eine Art von Nebenregierung in der Umgebung des Kaisers gibt es nicht. Dagegen sind von jeher zwei Nebenregierungen vorhanden, eine feudalklerikale und eine liberalkapitalistische, deren einflußreiche Mitglieder, Abgeordnete usw. die Vorzimmer der Minister stürmen, um in ihrem Sinne auf wirtschaftliche und personale Fragen einzuwirken; beide Nebenregierungen haben aber auf die Entscheidungen des Kaisers nicht den geringsten direkten Einfluß. Wer übrigens vierzig Jahre in der Geschichte zurückgreifen will, der wird finden, daß dem Könige Wilhelm von Preußen während des Armeekonflikts mit der Kammer ebenfalls der Vorwurf gemacht wurde, er ließe sich von einer Kamarilla beherrschen, noch dazu in einer Zeit, wo er mit seiner von der Geschichte glänzend gerechtfertigten Meinung im ganzen Lande fast allein stand und nicht einmal Minister finden konnte, die

seinen Standpunkt gegenüber der künstlich erzeugten „öffentlichen Meinung“ zu vertreten wagten — bis er auf Bismarck kam. Ebenso unverstanden und nahezu verlassen steht der Erbe des über sechs Jahrhunderte die deutsche Ostmark beherrschenden Geschlechts, der greise Kaiser Franz Joseph, heute in seinen Landen da, unverstanden und verlassen sogar von den Nachkommen der Deutschen, die einst die Ostmark gründen halfen. Das ist die Signatur unsrer Tage, sie erklärt die gegenwärtigen Zustände in der habsburgischen Monarchie vollkommen: die Deutschen versagen, und mit den andern ist das Reich nicht vorwärts zu bringen. Die habsburgische Monarchie hat den Kampf um die Kronrechte gegen die parlamentarische Auffassung des vorigen Jahrhunderts noch nicht durchgemacht wie Preußen. In Österreich war ein solcher bei den traurigen Parlamentsverhältnissen gar nicht möglich, aber in Ungarn, wo geschlossene nationale Parteien bestehen, ist er ausgebrochen und wird vom Kaiser Franz Joseph oder seinem Nachfolger ausgekämpft werden müssen. Man kann von den Habsburgern ebensowenig erwarten wie von den Hohenzollern, daß sie in der Frage der Hoheit über die Armee nachgeben werden. Bei dieser grundsätzlichen Bedeutung des Konflikts mit Ungarn ist es nicht zu verwundern, daß ebenso wie seinerzeit in Preußen alle Anhänger des demokratischen Parlamentarismus offen oder im geheimen auf der Seite der „liberalen“ Ungarn stehn und in der Behandlung der ganzen Angelegenheit wenigstens alles tun, um die öffentliche Meinung einseitig zu belehren, damit niemand für die bedrängten Kronrechte Partei ergreife.

In Preußen war es seinerzeit genau so, und die große Mehrzahl der Bevölkerung konnte hinterher zur Entschuldigung nur sagen: Ja, wenn wir das gewußt hätten! In Deutschösterreich hat man, seit Jahrzehnten von der parlamentarischen Presse bearbeitet, keine rechte Teilnahme für die Armee und gar kein Verständnis für die Bedeutung des einheitlichen Heeres der Monarchie um die Stellung des gesamten Deutschtums in Europa. Das Heer ist aber doch noch der letzte Rest der Einheit der durch den Dualismus zerstückelten Monarchie und vielleicht die einzige Stütze einer einst notwendig werdenden Neubildung, bei der die Deutschen sicher nicht schlechter fahren werden als bei der heutigen Terrorisierung des Reichs durch die Magyaren. Die Ungarn sehen weiter und suchen für alle Fälle die Hand auf das Heer zu legen. Auch die Deutschen im Reiche haben ein Interesse daran, daß dies nicht geschieht, denn auch ihre Weltstellung wird geschwächt, wenn sich eine ungarische Armee von der österreichischen abzweigt. Der Sieg des parlamentarischen Systems in Ungarn könnte doch bloß Phantasten dafür einen Ersatz bieten. Die Deutschösterreicher lassen sich über den entscheidenden Ernst der Stunde leicht durch die Darstellungen der parlamentarischen Presse hinwegtäuschen, daß durch die sprachlichen Zugeständnisse der Krone an die Ungarn die Einheitlichkeit der Armee schon aufgegeben sei. Durch einiges Kümmeblättchenspiel mit den Worten „Armeesprache“ und „Regimentssprache“ läßt sich ja so etwas leicht plausibel machen. Wer das glaubt, entbindet sich damit zugleich der Pflicht, einen politischen Entschluß zu fassen und mag, zerknirscht über die angebliche Schwäche der Krone, tief gerührt sein Pilsner trinken. Wer

aber die Sache ernst nimmt, kann sich nicht von der Pflicht der eignen Nachprüfung entbinden. Namentlich sollten die Deutschösterreicher, die immer das Prädikat deutschnational für sich in Anspruch nehmen, ihre demokratischen Überlieferungen samt der Gegnerschaft gegen das „stehende Heer“ einmal einer prüfenden Sichtung unterziehen und vor allem bedenken, daß ihre stete Armeefeindlichkeit dem Einflusse des Deutschtums im Offizierkorps mehr schadet, als alle kriegsministeriellen sprachlichen Erlasse jemals tun können. Unzweifelhaft wird von magyarischer Seite versucht werden, die magyarische Regimentssprache, die doch nach drei Jahrzehnten magyarischen Unterrichts in Ungarn kaum noch zu umgehn ist, dazu zu benutzen, die nichtmagyarischen Soldaten des Regiments zur Annahme der „Staatssprache“ zu zwingen. Das Gelingen wird aber auch davon abhängen, wie weit sich das Offizierkorps dazu herbeilassen würde. Vorläufig sind keine Ausichten dafür da, und das dürfte sich auch kaum ändern, wenn in den ungarischen Kadettenschulen mehr Gewicht auf die magyarische Sprache gelegt wird. Bisher ist der Geist im Offizierkorps einheitlich und kaiserlich, und so wird es auch bleiben, so lange die Krone an der Einheit der Armee festhält.

Man kann dem Kaiser Franz Joseph, obwohl ihm jeder Schritt in der Heeresfrage mißdeutet wird, im Ernst nicht den Vorwurf der Unentschiedenheit machen, er ist im Gegenteil immer konsequent geblieben. Vielleicht war es ein taktischer Nachteil, daß er das Ministerium Rhuen fallen ließ, weil er die ungarische Opposition und auch die Mehrzahl der liberalen Partei, die den Grafen Rhuen nicht mochte, da er zu „kaiserlich“ war, dadurch in dem Wahn bestärkte, daß man mit Leichtigkeit Vertrauensmänner des Monarchen stürzen könne. Die liberale Partei, die schon damals ganz genau wußte, daß der Kaiser in der Heeresfrage keine grundsätzlichen Zugeständnisse machen werde, wäre sicher bereit gewesen, sich nach einigem Spreizen auch das Ministerium Rhuen gefallen zu lassen, um am Ruder zu bleiben. Sie ließ doch kurz darauf auch den Grafen Stephan Tisza gelten, obwohl sie ihn vorher als Nachfolger Szells abgelehnt hatte. Tisza spielte nun ein doppeltes Spiel: um die von Szell geschaffne große liberale Partei zusammenzuhalten, mußte er die vom Apponyiflügel begehrten militärischen Wünsche möglichst zu begünstigen suchen, und zugleich mußte er, um die liberale Partei am Ruder zu erhalten, den ablehnenden Standpunkt des Monarchen wenigstens markieren. Diese Zwiespältigkeit trat schon hervor, als er bei den Verhandlungen mit dem Kaiser über das militärische Programm des Neunerkomitees eine Vereinbarung erreicht hatte, die die Zustimmung des Monarchen fand, die man aber in Pest „ganz anders las.“ Das Spiel mit verteilten Rollen wurde den ganzen Winter 1903/04 fortgesetzt. Zwölf Mann obstruierten, und das gesamte übrige Abgeordnetenhaus hörte den wahnsinnigen Lärm gegen die Krone und die gemeinsamen Angelegenheiten mit Behagen an, denn noch immer hoffte man, den Monarchen zur Nachgiebigkeit zu nötigen. Tisza selbst erging sich mehrfach in gewagten staatsrechtlichen Äußerungen, die dem Standpunkt der Unabhängigkeitspartei auffällig nahe kamen und auch den Ministerpräsidenten Dr. von Koerber veranlaßten, dem gegenüber den österreichischen Standpunkt

zu wahren. Auch die Delegationswahlen wurden absichtlich verzögert, um die Krone in eine Zwangslage zu versetzen, und erst im letzten Moment, als die österreichische Delegation schon lange tagte, kündigte Tisza die Verschärfung der Geschäftsordnung an (28. Januar). Nun ging auf einmal alles, und nach Schluß der Delegationen ereignete sich sogar (am 10. März) eine große theatrale Versöhnungsszene, in der die Oppositionsführer erklärten, sie würden nicht mehr gegen die Rekrutenvorlage obstruieren, worauf Tisza seine Vorlage auf Abänderung der Hausordnung zurückzog.

Man war also an diesem „historisch denkwürdigen Tage“ mit der Taktik Tiszas ganz zufrieden und bewilligte jetzt auch, obgleich man seit dem Oktober 1902 gegen jedes Rekrutengesetz obstruiert hatte, die Rekrutenvorlage. Der Zweck dieses Einschwenkens war offenbar wieder, auf die Krone einzuwirken. Je mehr man ihr an militärischen Forderungen abzupressen gedachte, um so weniger konnte ein Beweis dafür schaden, daß man auch besser sein könne als andre Menschen, denn damals gerade waren die Verhältnisse im österreichischen Abgeordnetenhaus so, daß dort die Rekrutenvorlage nicht zustande kommen konnte. Aber auch dieser Wink blieb in der Hofburg zu Wien unbemerkt. Die Parlamentsferien im Sommer verliefen für Tisza und die liberale Partei ungünstig, denn immer mehr kam man in Ungarn dahinter, daß die militärischen Zugeständnisse, die Tisza so sehr herausgestrichen hatte, in Wirklichkeit sehr wenig zu bedeuten hatten, und daß die klagenden Botschaften der Wiener Blätter über die Zertrümmerung der Armee nur den Zweck hatten, der gesinnungsverwandten Partei in Ungarn beizuspringen. Mit dieser Erkenntnis lebte die alte Erbitterung gegen die gewalttätige liberale Partei wieder auf, die die Unabhängigkeitspartei in ihrem Sinne rührig schürte, und als Tisza am 10. Oktober den Reichstag wieder eröffnete, lauerte die Obstruktion schon im Hintergrunde. Zunächst mußte aber noch der Handelsvertrag mit Italien erledigt werden, dessen die ungarischen Weinbauer dringend bedurften. Nachdem er am 28. Oktober angenommen worden war, ging am 4. November die Obstruktion los. Die Ankündigung Tiszas, daß die Honvedarmee Divisionsartillerie bekommen werde, half nichts mehr, und er sah nun ein, daß es sich diesmal um die Herrschaft seiner Partei handle. Um die Opposition mundtot zu machen, wandte er das Mittel an, das Badeni fünf Jahre früher in Wien versucht hatte. Er ließ am 18. November einen Antrag Daniel auf Einführung einer provisorischen Hausordnung unter allgemeinem Loben der Opposition durch den Präsidenten als angenommen erklären und vertagte darauf sofort das Haus. Es war die letzte Gewalttat der liberalen Partei. Als am 13. Dezember das Abgeordnetenhaus wieder zusammentreten sollte, erschien vor Beginn der Sitzung die Opposition im Hause, zererschlug die Präsidentenestrade und die Ministerfessel und warf die neue Parlamentswache hinaus. Der Reichstag mußte am 19. bis zum 28. Dezember vertagt werden, trat aber überhaupt nicht mehr zusammen und wurde am 5. Januar 1905 aufgelöst. Dann folgte die Katastrophe der liberalen Partei bei den Neuwahlen am 26. Januar, die ziemlich überraschend kam, denn man hatte von der Rücksichtslosigkeit Tiszas doch mehr erwartet.

Was aber Banffy noch möglich gewesen war, konnte man aus zwei Gründen jetzt nicht mehr durchführen, einmal weil die unter Szell durchgeführten Gesetze über die Kompatibilität und die Wahlprüfungen hinderlich waren, die früher noch zulässigen Beeinflussungen und Gewalttätigkeiten anzuwenden, und weil sich die liberale Partei inzwischen noch verhafter gemacht hatte. Freilich schien es, als ob die Wahl nur für die militärischen Forderungen der Opposition entschieden hätte, in Wirklichkeit hatte sie bloß gegen die liberale Partei entschieden, die allerdings bei dem Wahlkampf als Gegnerin der oppositionellen Forderungen in der Heeresfrage erschien, aber doch nur darum fiel, weil sie seit mehr als dreißig Jahren rücksichtslos geherrscht und niemals den Willen gezeigt hatte, die Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen des Landes in die Hand zu nehmen. Die populären Heeresforderungen waren zwar bei dem gemeinsamen Wahlkampfe der vereinigten Opposition in den Vordergrund geschoben worden, aber dahinter wirkte doch als eigentlich ausschlaggebender Beweggrund der Drang, die Herrschaft der liberalen Partei loszuwerden. Manche weiterschauende Mitglieder der Koalition bedauern heute schon, daß der von ihnen eigentlich gewollte Erfolg des Wahlsiegs dadurch vereitelt wird, daß gerade der die Krone am tiefsten verletzende Punkt so allein als Wahlparole gegolten hatte und nun vorläufig die Einleitung wirtschaftlicher und politischer Reformen hindert. Die große Masse der Unabhängigkeitsparteien empfindet davon freilich nichts und schwelgt im Genuße des überraschenden Sieges über die gegnerische Partei und über Osterreich. Damit ist aber Ungarn noch in gar keiner Beziehung geholfen, und der Ernst der Zeiten wird auch hier klärend wirken müssen. Es ist jedoch gut, schon jetzt auf verschiedene Strömungen, denen die Zeitungsberichterstattung nicht gerecht zu werden pflegt, aufmerksam zu machen, sonst bleiben mögliche überraschende Wendungen, die gerade in Ungarn nicht zu den Seltenheiten gehören, in Zukunft unverständlich.

Nach der Wahlaufregung kamen selbstverständlich vernünftige Erwägungen zunächst nicht zur Geltung. Der Kaiser, dem die Machtstellung der Monarchie besonders am Herzen liegt, die er durch die Hauptforderung der vereinigten Opposition gefährdet sieht, weigerte sich entschieden, ein Ministerium aus der neuen Parlamentsmehrheit zu berufen. Seiner bisherigen Haltung gemäß hatte er nichts gegen eine gesetzmäßige Abänderung des Ausgleichs, aber in der Armeefrage lehnte er jede Erörterung ab. Unter diesen Umständen hatten die zahlreichen Audienzen der ungarischen Parteiführer in der Wiener Hofburg nicht das geringste Ergebnis, es dauerte aber fünf Monate, bevor der Monarch einen Mann fand, der entschlossen war, die Regierungsgeschäfte auch ohne die Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu führen. Auch in diesem Punkte fällt die Ähnlichkeit der heutigen Lage in Ungarn mit dem Konflikt in Preußen, wo König Wilhelm gegenüber der herrschenden parlamentarischen Auffassung nur schwer Minister zu finden vermochte, ins Auge. Der neue ungarische Ministerpräsident, Baron Fejervary, ist nun wohl kein Bismarck, aber ein treuer Monarchist und einer von den wenigen Ungarn, die heute noch auf dem Grundgedanken des Deutschen Ausgleichs fußen. Obgleich nun das Ernennungsrecht

der Minister auch nach der ungarischen Verfassung dem Monarchen zusteht, und obgleich Baron Fejervary versicherte, seine Aufgabe sei nur, eine Verständigung mit der Mehrheit zu suchen, wurde er doch schon bei seinem ersten Auftreten im Abgeordnetenhaus (am 20. Juni) unter dem üblichen Krawall des hohen Hauses auf das gröblichste beschimpft und beleidigt. Da das vorausgesehen worden war, überreichte Baron Fejervary ein neues kaiserliches Handschreiben, das die Vertagung des Hauses aussprach. Ganz wider die bisherige Gepflogenheit weigerte sich der Präsident Justh, das Reskript zu lesen zu lassen, damit das Haus das von Kossuth beantragte Mißtrauensvotum und den Antrag Baron Banffys auf Steuerverweigerung vorher annehmen konnte. Diese Beschlüsse sind natürlich rechtlich ungiltig, da die Vertagung schon bekannt war, und da sich auch die liberale Partei deshalb entfernt hatte. Das Magnatenhaus erteilte dem Ministerium übrigens auch ein Mißtrauensvotum, und hierin liegt eine Verschiedenheit mit dem Konflikt in Preußen, wo das Herrenhaus der Krone beharrlich beistand. Auch die vom Ministerpräsidenten nach Schluß des Hauses noch eingeleiteten Verhandlungen wurden am 1. Juli unter großer Entrüstung der Führer der Koalition abgebrochen, die sich tatsächlich eingebildet zu haben schienen, der Monarch werde ihnen bewilligen, was er seit zwei Jahren der liberalen Partei verweigert hatte.

Das Ministerium hatte nach den Szenen im Abgeordnetenhaus formell ein Rücktrittsgesuch eingereicht, war aber vom Monarchen des vollsten Vertrauens versichert worden. Nun herrschte während des Sommers ziemliche Ruhe, und die Zeitungen ergingen sich in den buntesten Erörterungen über die Pläne des Ministeriums. Anfang September verdichteten sich die Mutmaßungen dahin, daß es sich hauptsächlich um die Einführung des allgemeinen Stimmrechts handle. Da in Ungarn kaum der zwanzigste Teil der Bevölkerung wahlberechtigt ist, und gerade darauf die heutigen parlamentarischen Eliten beruhen, mußte die Ankündigung allgemeiner Wahlen in diesen Kreisen Beunruhigung hervorrufen, denn die heutige oppositionelle Mehrheit wie die in die Minderheit versetzte liberale Partei mußten davon für ihre Zukunft fürchten. Der Minister des Innern Kristoffy entwickelte am 9. September vor seinen Wählern in Bogsan auch einen Plan der Wahlreform, von dem er allerdings sagte, die Regierung sei noch nicht entschieden und wolle die Meinung des Volks darüber abwarten, welcher Weg eingeschlagen werden solle. Es sei hier gleich bemerkt, daß die Erweiterung des Wahlrechts in der bisher üblichen Weise mit Bevorzugung der Magyaren oder mit wirklicher Gerechtigkeit für alle Völkerschaften des Landes erfolgen kann. Der Wink an die Ungarn, sie möchten einlenken, da man auch die Nichtmagyaren gegen sie mobil machen könne, blieb zunächst in dem Lärm der Zeitungen unbemerkt; denn diesseits und jenseits der Leitha wurde die Ankündigung allgemeiner Wahlen in Ungarn mit Entrüstung aufgenommen. In Österreich fürchtete man, daß das allgemeine Wahlrecht auch eingeführt werden müsse, sobald es in Ungarn gelte. Die ungarische Aristokratie setzte in der Hofburg in Wien allen Einfluß in Bewegung, um den Plan Fejervarys und damit das Ministerium selbst zu stürzen. Wahrscheinlich war durch diese Kreise auf die Opposition ein Druck ausgeübt

worden, in den militärischen Forderungen nachzugeben, was nicht ohne Wirkung blieb. Es konnte darum ganz zuverlässig nach Wien gemeldet werden, daß die Opposition entschlossen sei, nachzugeben. Wenn das der Fall war, so hatte das Notministerium Fejervary keinen Zweck mehr, und darum wurde die Welt am Morgen des 13. September mit der Nachricht von seiner Entlassung überrascht, und dies war um so mehr der Fall, als zugleich bekannt wurde, daß die Führer der Opposition: Kossuth, Andrássy, Bichy, Apponyi, Juszt und Bazsonyi wieder zum Kaiser berufen worden seien.

Da die Presse von den geheimen Vorgängen keine Ahnung hatte, erging sie sich in den kühnsten Phantasien. Zunächst behauptete sie, wobei der Wunsch Vater des Gedankens gewesen war, daß der österreichische Ministerpräsident, Freiherr von Gautsch, und der Minister des Außern, Graf Goluchowski, Einspruch getan und das Ministerium Fejervary „gestürzt“ hätten, und daß ferner die Krone vor der ungarischen Opposition kapituliert habe. In dieser Auffassung von der Sachlage bestärkte man sich eine Woche lang gegenseitig so, daß sie schließlich von aller Welt für richtig gehalten wurde. Um so größer war das Erstaunen über die Mitteilungen von dem Empfang, den die ungarischen Oppositionsmänner am 23. September beim Kaiser erfahren hatten. Der Monarch war sehr ernst, sprach die Herren kurz in deutscher Sprache an und überreichte ihnen ein Schriftstück als Antwort auf die oppositionelle Adresse, das die Bedingungen enthalte, unter denen er mit ihnen über die Übertragung der Regierungsgewalt unterhandeln wolle. Sie möchten nicht durch Ablehnung Not und Elend über das Land bringen und ihm ihre Antwort durch den Grafen Goluchowski übermitteln lassen. Damit war die Audienz zu Ende. Die schriftliche Erklärung des Kaisers enthielt genau dieselben Punkte über die gemeinsame Armee und die auswärtige Politik wie über die Möglichkeit der Abänderung des Ausgleichs, wie sie in derselben Fassung der frühere österreichische Ministerpräsident von Koerber in seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus zu Wien vor zehn Monaten dargelegt hatte. In den Anschauungen des Monarchen hatte sich demnach durchaus keine Wandlung vollzogen. Die schriftliche Übergabe der Bedingungen des Kaisers hatte unverkennbar die Form eines Ultimatus, und es ist erklärlich, daß die ungarischen Herren sehr betreten aus der Hofburg schieden. Es hieß später, sie wären mit sehr wenigem zufrieden gewesen, auch mit dem Zugeständnis der ungarischen Kommandosprache für die ungarischen Husarenregimenter. Aber das ging schon über den grundsätzlichen Standpunkt des Monarchen hinaus; außerdem hatten die Führer der Opposition, nachdem sie das Ministerium beseitigt zu haben glaubten, das früher im geheimen angebotne Entgegenkommen rückgängig gemacht und in einer Zusammenkunft noch vor der Abreise nach Wien beschlossen, die Forderung der Opposition aufrecht zu erhalten. Daraus erklärt sich ihre schroffe Abweisung in der Hofburg.

Die Presse, die von den geheimen Vorgängen keine Ahnung hatte und die Andeutungen einiger mit den Hofkreisen Fühlung haltender Blätter, die aber nicht zu den „großen Zeitungen“ gehörten, übersah, verlor bei dieser neuesten Wendung, die ganz und gar nicht zu ihren Anschauungen paßte, vollends alle

Objektivität und jedes Urteil. Da sie geglaubt und ihren Lesern wie aller Welt eingeredet hatte, daß die Magyarenführer nur nach Wien berufen worden seien, weil der Kaiser ihnen vollkommen nachgegeben habe, mußte natürlich, da die unfehlbare Presse niemals irrt, jetzt der Monarch plötzlich geschwenkt haben, und das wurde den üblichen bösen Ratgebern und der romanhaften Kamarilla zugeschoben. Eine noch oberflächlichere Erklärung ging sogar dahin, der Kaiser, der soeben vom Manöver zurückgekehrt sei, habe noch geglaubt, an unbedingten Gehorsam gewöhnte Generale vor sich zu haben. Der Vizepräsident der ungarischen Unabhängigkeitspartei Geza Polonyi, der ja besondere Gründe haben mochte, seinen Leuten eine plausible Geschichte über die Ablehnung seines Standpunkts in Wien vorzumachen, benutzte sogar die Neue Freie Presse, in einer gewundenen Ausführung das Deutsche Reich, d. h. Kaiser Wilhelm, dafür verantwortlich zu machen. Diese törichte Ausstreuung fand sofort ihr promptes Dementi, es dürfte aber viele Leute in Deutschland, die sich über eine solche Verdächtigung von magyarischer Seite aufgeregt haben, interessieren, zu wissen, daß der Urmagyare Geza Polonyi früher „Polatschek“ hieß. Die führenden Wiener Blätter, deren Wohlwollen für die ungarischen Bestrebungen nach parlamentarischer Herrschaft notorisch ist, hatten sich aus dieser Neigung heraus zu einer schiefen Auffassung der Lage verleiten lassen, blieben aber trotzdem auch noch dabei, als kurz darauf Ministerpräsident Freiherr von Gautsch im Abgeordnetenhaus entschieden in Abrede stellte, daß er sich in die Frage der allgemeinen Wahlen für Ungarn eingemischt habe. Da er inzwischen auch in Österreich an die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gegangen ist, liegt die Unrichtigkeit der frühern Angaben der Presse über die angeblichen Ursachen der ebenso angeblichen Schwenkungen des Kaisers Franz Joseph klar zutage. Alle, die dieses behaupten, arbeiten wissentlich oder unwissentlich nur für die Bestrebungen der Ungarn, weil dadurch das Vertrauen in die Festigkeit des Monarchen erschüttert und damit jede Strömung unter den Deutschösterreichern, dem Kaiser in der Armeefrage beizuspringen, gehemmt wird. Bisher haben sich auch bloß zwei namhafte deutsche Abgeordnete, der christlichsoziale Dr. Lueger und der fortschrittliche Abgeordnete Dr. von Demel, für die Unterstützung des Monarchen in der Heeresfrage ausgesprochen. Hätten die Deutschen schon im vorigen Jahre entschieden Stellung für die Armee genommen, so würden sie heute nicht das Ministerium Gautsch über sich ergehen lassen müssen, das mit seiner Wahlpolitik doch nur zur Schwächung des Deutschtums beitragen wird. Das kommt aber von der „impotenten Raunzerei,“ wie einmal der Abgeordnete Dr. von Derschatta das Verhalten der Deutschösterreicher treffend gekennzeichnet hat.

In Ungarn wurde natürlich das Ministerium Fejervary wieder reaktiviert. Die nationale Entrüstung über die Behandlung, die der Kaiser den „Vertretern der Nation“ hatte angedeihen lassen, war freilich groß in gedruckten und geredeten Worten, sie vermochte sich aber, obgleich die Majestätsbeleidigungen nur so herumflogen, nicht dauernd auf der Straße zu behaupten, weil die Sozialdemokraten für das allgemeine Wahlrecht demonstrierten und keine Umzüge zugunsten der Unabhängigkeit duldeten. Damit ist auch die Hoffnung

aller, die sich auf eine Revolution in Ungarn freuten, zunichte geworden, denn ohne Volksmassen auf den Straßen läßt sich so etwas nicht in Szene setzen. Außerdem macht sich auch heutzutage eine Revolution nicht so leicht wie vor fünfzig Jahren, und übrigens ist die Armee zuverlässig. Das Volk in seiner Masse hat kein Verständniß für die Herrschaftsträume der adlichen und der bürgerlichen Oligarchie, die sich aller Vorteile der an der Staatskrippe sitzenden Parteien erfreut, es will auch von der ungarischen Kommandosprache nichts wissen. Die von der herrschenden Partei ausgesprochne Steuerverweigerung ist ein Schlag ins Wasser. Das seit den sechziger Jahren bekannte nem azodank — „wir steuern nicht“ hat in der Gegenwart seine Wirkung verloren, da vier Fünftel der Steuern auf indirektem Wege eingehoben werden, und das fehlende Fünftel gerade den vom Staate unterstützten Industrien und den zahlreichen Abgeordneten, die die Diäten nicht missen können, abgehn würde. Man braucht unter diesen Umständen den in einigen Komitaten in Szene gesetzten passiven Widerstand nicht zu tragisch zu nehmen. Das Ministerium Fejervary hat eine Reihe von Reformen in Aussicht gestellt, die der Masse des Volks nicht gleichgiltig sein können. Es ist darum für die herrschende Klasse Zeit, einzulenken, wenn sie überhaupt das Staatsruder wieder ergreifen will. Es ist möglich, daß sich der Konflikt, ähnlich wie in Preußen, jahrelang hinzieht, wahrscheinlicher ist aber, daß er bald einen theatralischen Abschluß findet.

—y—



Die Bedeutung der Presse für die Kultur

(Schluß)



ie ziemlich weitverbreitete Annahme, daß die überwiegende Benutzung des Telegraphen in der Herstellung des Inhalts der Zeitung den Stil verschlechtert, was ja im Kulturinteresse sicherlich zu bedauern ist, wird kaum einem begründeten Widerspruch begegnen. Denn diese Verschlechterung ist eine notwendige Folge des ziemlich jähen Übergangs von dem verhältnismäßig unbeschränkten Wortreichtum des gründlichen geschriebnen Zeitungsartikels zu der Notwendigkeit der Wortersparnis des telegraphischen Dienstes. Diese Notwendigkeit wird aber mit der Zeit neue Stilisten erziehen, die es lernen, mit wenig Worten auszukommen, was ja auch ein Segen sein kann. Schlimmer ist der Einfluß der Telegraphenagenturbureaus, weil sie durch willkürliche Wortbildungen im Interesse der Geldersparnis die Sprache verstümmeln und verschlechtern. Hierher gehören u. a. die Ausdrücke „der Attentäter“ und „das Kaiserhoch,“ von denen sich besonders der erste wie ein häßlicher Flecken auf dem harmonischen Gewande unsrer Sprache ausnimmt. Man hat den Eindruck, daß er auf der Straße geboren und dann ungeachtet der ihm anhaftenden Rohheit und Unwissenschaftlichkeit durch Nachlässigkeit oder Bequemlichkeit oder durch beides in die gute Gesellschaft des deutschen Sprachschazes gekommen ist. Leider